

Christine Ackermann
Elke März-Granda
Kirstin Sauter

Stadtrat
der Stadt Landshut

84028 Landshut

16.7.10g/P
Landshut, den 15.07.2010

**Dringlichkeitsantrag:
Sofortige Unterkunftssuche für die Landshuter Asylanten**

Am 22.7.2010 wird die Asylantenunterkunft in der Schönbrunner Straße geräumt. Dies hat die Regierung von Niederbayern veranlasst, nachdem ein Statiker ein Gutachten erstellt hat, aus dem hervor geht, dass unter der Unterkunft ein alter Bierkeller ist. Wie stabil diese unterirdische Baukonstruktion ist, kann man nicht sagen, weshalb die Asylantenunterkunft geräumt werden muss und auch ein Neubau an dieser Stelle nicht errichtet werden kann.

Wir beantragen, dass in der Stadt Landshut bis zum 22.Juli 2010 verstärkt nach anderen Unterkunftsmöglichkeiten für die noch ca. 80 Flüchtlinge gesucht wird, um den Asylanten einen Umzug nach Schöllnstein zu ersparen.

Die Asylanten haben in Landshut Arbeitsstellen oder traumatisierte Bewohner sind hier in therapeutischer Behandlung, zudem gibt es in Landshut das "Landshuter Modell" zur Betreuung der Flüchtlinge, dessen Netzwerk in Bayern einmalig ist. Die Bewohner sind verzweifelt, weil sie nach ihrer Flucht erneut entwurzelt werden sollen. Durch diesen Umzug verlieren die Asylanten ihre intensive Betreuung, da sie dann von den Mitarbeitern in Deggendorf mit betreut werden. Das Personal wird dort aber nicht aufgestockt und ist außerdem dann nicht mehr vor Ort in der Nähe der Unterkunft.

Dieses "Landshuter Modell" zur Betreuung von Flüchtlingen, löst sich auf, wenn die Asylanten in Landshut nicht mehr untergebracht sind. Sollten die Asylanten später wieder nach Landshut kommen, falls eine andere Unterkunft in z.B. 1 Jahr gefunden werden sollte, dann gibt es in Landshut nicht mehr das vorbildlich aufgebaute Netzwerk zur Betreuung der Betroffenen.

b.w.

Schöllnstein, wo die von der Regierung geplante neue Unterkunft ist, ist ein Weiler mit ca. 100 Einwohnern, ca. 30 Km südöstlich von Deggendorf gelegen. Auch wenn die Regierung von Niederbayern eine 3-4 mal täglich verkehrende Buslinie dort installieren lässt, so verlieren die Asylanten trotzdem ihre Arbeitsplätze, ihre Therapiekontakte, ihre sozialen Kontakte zu Freunden aus Landshut.

Wir fordern, dass die Stadt Landshut mit dem Sozialministerium in Verhandlung treten soll, ob für Landshut nicht doch eine Ausnahmegenehmigung erteilt wird, die Flüchtlinge in Container unterbringen zu dürfen.

Über das Vorgehen der Stadt Landshut sollen die Fraktionsführer noch vor dem 22.Juli 2010 unterrichtet werden.

Eine Besprechung mit dem Fraktionsführern am 27.7.2010 in der Fraktionsführerbesprechung, so wie es der Herr Oberbürgermeister geplant hat, erscheint uns zu spät, da zu diesem Zeitpunkt der Abtransport der Asylanten bereits erfolgt ist.

gez. Christine Ackermann

gez. Elke März-Granda

gez. Kirstin Sauter